

Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

Mittwoch, 13. Juni 2018, 19.30 Uhr, Gemeindesaal

Vorsitz Gemeindepräsident Andreas Hotz

Protokoll Gemeindeschreiber Walter Lipp

Anwesend Gemeinderat Andreas Hotz
Sylvia Binzegger
Berty Zeiter
Pirmin Andermatt
Jost Arnold
Paul Langenegger
Hans Steinmann

Stimmzähler Marco Kathriner (Obmann)
Mai Ly
Erwin Gabriel
Michael Tresp
Felix Zweifel

Anzahl Anwesende 294 Stimmberechtigte
14 Gäste

Zeit 19.30 – 21.20 Uhr

Genehmigt an der Gemeindeversammlung vom 13. September 2018.

Das Protokoll kann im Internet unter www.baar.ch eingesehen werden.

Begrüssung

Andreas Hotz, Gemeindepräsident

Liebe Baarerinnen und Baarer
Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
Geschätzte Gäste

Kurz vor Eröffnung der Fussball – Weltmeisterschaft in Russland und hoffentlich auch vor einem engagierten, erfolgreichen Auftritt unserer Fussballnationalmannschaft begrüsse ich Sie heute Abend hier im Gemeindesaal zur Rechnungsgemeinde 2018. Die Ansetzung dieser Gemeindeversammlung erfolgte bewusst mit Blick auf das anstehende, sportliche Grossereignis und verbunden mit der Hoffnung, dass das Schweizervolk in den nächsten Wochen wieder einmal Grund für einen kollektiven Freudentaumel hat.

Seit der letzten Gemeindeversammlung im Dezember 2017 haben wir in Baar wiederum einige interessante Veranstaltungen, so zum Beispiel ein grandioses Neujahrskonzert, eine lebensfrohe Fasnacht, einen quirligen Kinderkulturtag und am letzten Wochenende einen eindrücklichen, schweisstreibenden Atemschutzwettkampf und Tag der offenen Tür der Feuerwehr Baar erleben dürfen. Zudem gibt nicht nur der höchst erfreuliche Rechnungsabschluss 2017 Grund zur Freude, sondern unter anderem auch die Tatsache, dass die Überarbeitung des Bebauungsplanes Unterfeld Süd auf Kurs ist, der unsägliche SIKA-Streit beigelegt werden konnte und der gewaltige Bau der Tangente Zug/Baar offensichtlich Fortschritte macht.

Einmal mehr gilt es festzustellen – auch wenn dies in einem Wahljahr nicht alle Politikerinnen und Politiker gleich sehen – dass unsere Gemeinde von den meisten Mitbewohnerinnen und Mitbewohner als höchst lebenswert und attraktiv angesehen wird. Gleiches gilt auch für unsere juristischen Partner, die das Engagement des Gemeinderates in unternehmerischen Fragen und die Kompetenz, sowie das Engagement der Verwaltung sehr schätzen.

Mit Blick auf das Ausland und vor allem auf gewisse Entwicklungen im internationalen Politbereich dürfen wir in der Schweiz und insbesondere hier in Baar zuversichtlich in die Zukunft schauen. Zuversichtlich sehe ich auch der Behandlung der traktandierten Geschäfte entgegen. Ich bin davon überzeugt, dass auch diese Gemeindeversammlung interessante Voten bringen wird.

Einen speziellen Gruss richte ich an die anwesende Presse bzw. deren Vertreterinnen und Vertreter und ich danke bereits an dieser Stelle für eine korrekte und somit erneut gute Berichterstattung. Namentlich begrüsse ich Claudia Schneider-Cissé vom Zugerbieter, Raphael Biermayr von der Zuger Zeitung und vom Onlinemagazin zentralplus Wolfgang Holz.

Die Einladungen und Publikationen zur heutigen Gemeindeversammlung sind rechtzeitig erfolgt und somit kann auch die heutige Gemeindeversammlung offiziell eröffnet werden.

Zuerst ist das Büro zu bestellen. Von Amtes wegen ist erneut unser bewährter Weibel, Marco Kathriner, als Vorsitzender gesetzt. Als Stimmzähler schlage ich folgende Personen vor: Mai Ly, Erwin Gabriel und Michael Tremp sowie auf der Estrade Felix Zweifel. Es gibt keine Gegenkandidaturen oder Bemerkungen. Ich mache beliebt, den vier Personen einen guten Applaus auf den Weg zu geben.

Hinweis auf Stimmrecht. Nicht Stimmberechtigte, d.h. nicht Volljährige sowie nicht in Baar Wohnhafte, haben sich zu melden. Wer sich nicht meldet bzw. trotzdem abstimmt, macht sich strafbar. Diese Situation musste ich in den letzten 15 ½ Jahren nie erleben. Darf ich bitten, jene, welche nicht stimmberechtigt sind, kurz aufzustehen. Es sind 14 Gäste hier. Herzlich willkommen.

Seit der Drucklegung sind keine Begehren eingereicht worden. Die Interpellation der CVP zum Stand Planung Bahnmatt wird in Absprache mit der Interpellantin an der September Gemeindeversammlung behandelt. Die hängigen, politischen Vorstösse sind auf Seite 4 der Vorlage aufgeführt. Die Behandlung der Traktanden erfolgt gemäss Vorlage. Damit sind Sie einverstanden.

Traktandum 1

Protokoll der Gemeindeversammlung vom 13. Dezember 2017 – Genehmigung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 2. Mai 2018 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Antrag

Das Protokoll sei zu genehmigen.

Beschluss

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Traktandum 2

Geschäftsbericht 2017

Die Vorlage des Gemeinderates vom 2. Mai 2018 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Andreas Hotz

Vom Geschäftsbericht können wir lediglich, doch immerhin, Kenntnis zu nehmen. All diejenigen, die zum Rechnungsergebnis 2017 sprechen wollen, bitte ich, im Rahmen des Geschäftsberichts noch nicht Stellung zur Rechnung zu nehmen. Selbstverständlich kann jedoch in den Voten zur Rechnung 2017 auch Stellung und Bezug auf den Geschäftsbericht 2017 genommen werden. Das Wort zum Geschäftsbericht wird nicht gewünscht.

Antrag

Vom Geschäftsbericht 2017 sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Vom Geschäftsbericht wird Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Rechnung 2017 - Genehmigung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 2. Mai 2018 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Andreas Hotz

Obwohl es Stimmen geben soll, die meine Vorgehensweise nicht als opportun ansehen, erlaube ich mir einleitend einige persönliche Worte zur Rechnung 2017.

Erfreulicher- und gleichzeitig einmal mehr auch überraschenderweise schliesst die laufende Rechnung 2017 anstatt mit einem budgetierten Ertragsüberschuss von CHF 2.8 Mio. mit einem erheblich besseren Ergebnis im Umfang von CHF 19.5 Mio. ab. Die Gründe für diese erhebliche, positive und von der Finanzdirektion des Kantons Zug und somit auch für uns nicht vorhersehbare Budgetabweichung werden in der Vorlage auf Seite 11 detailliert aufgezeigt und sicher heute Abend ein Thema sein.

Die Gemeinde Baar verfügt glücklicherweise über zahlreiche natürliche und vor allem auch juristische Steuerzahlende, die immer wieder mit nicht vorhersehbaren, positiven Abschlüssen bzw. Erträgen brillieren. Diese Tatsache zeigt auch auf, dass die Gemeinde Baar nach wie vor sehr attraktiv ist und hervorragende Rahmenbedingungen bietet. Mit Blick auf die bekannten, anstehenden Investitionen und Herausforderungen ist der Gemeinderat dankbar dafür, dass er bzw. die Gemeinde über eine derartige Erfolgsrechnung und insbesondere eine hervorragende Bilanz verfügen kann.

Mit Zufriedenheit nimmt der Gemeinderat auch zur Kenntnis, dass das vor einigen Jahren initiierte Kostenoptimierungsprogramm nachhaltige, positive Wirkung zeigt. Die Aufwandseite und hier insbesondere den Sachaufwand hat man in allen Abteilungen der Gemeindeverwaltung bestens im Griff.

Wie in den vergangenen Jahren praktiziert, schlage ich vor, dass wir vorerst die Rechnung Seite um Seite durchgehen und sich danach sämtliche Parteien und Bürgerinnen und Bürger zur Rechnung äussern können. Einzelne Fragen können direkt oder im Nachhinein bei den Voten gestellt werden.

Wir gehen die Rechnung nun Seite für Seite durch.

Wir sind die Rechnung nun durchgegangen. Ich übergebe das Wort dem Präsidenten der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission, Thomas Gwerder. Gleichzeitig nutze ich an dieser Stelle die Gelegenheit, ihm, seiner Kollegin und seinen Kollegen in der Kommission für die engagierte und kompetente Arbeit bestens zu danken. Der Aufwand für die Prüfungstätigkeit wird aufgrund der aktuellen Gesetzeslage und der Entwicklung der Gemeinde Baar nicht kleiner und angesichts der erfreulichen Rechnungsabschlüsse ist es für die RGPK auch nicht allzu einfach, dem Gemeinderat auf die Finger zu schauen bzw. ab und zu auch auf die Finger zu klopfen. Trotzdem wurden am gemeinsamen Treffen vom 23. Mai 2018 sehr kritische und qualifizierte Fragen gestellt und beantwortet. Ich kann hier an dieser Stelle jedoch versichern, dies sicherlich auch mit Einverständnis des Finanzchefs Hans Steinmann, dass die RGPK ihre Aufgabe ausserordentlich ernst nimmt und alle Belege äusserst seriös prüft.

Thomas Gwerder

Danke für diese einleitenden Worte. Es freut mich, dass ich als Präsident der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission Ihnen den Bericht zur Rechnung 2017 vorstellen darf. In Ausübung des uns von Ihnen übertragenen Mandats und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen haben wir, in Zusammenarbeit mit der externen Revisionsgesellschaft BDO AG Luzern, die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Baar für das Jahr 2017 geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Gemeinderat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Unsere Prüfungen wurden so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir sind der Auffassung, dass die vorgenommenen Prüfungshandlungen eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bilden. Die Jahresrechnung 2017 der Einwohnergemeinde Baar schliesst mit einem Ertragsüberschuss von CHF 19.45 Mio. Das Budget sah einen Ertragsüberschuss von CHF 2.85 Mio. vor. Somit ist das Ergebnis um CHF 16.6 Mio. besser als budgetiert ausgefallen. Das besser als budgetierte Ergebnis ist im Wesentlichen auf folgende Punkte zurückzuführen. Der Hauptgrund sind höhere Steuereinnahmen von CHF 10.5 Mio. Der grösste Teil davon, mit CHF 8.8 Mio. betrifft Steuern von juristischen Personen vom Vorjahr. Das ist ein Zeichen der momentan starken Wirtschaftslage. Und diese Einnahme konnte bei der Budgetierung vor einem Jahr nicht vorhergesehen werden. Daher darf man dem Gemeinderat oder dem Finanzsekretär keinen Vorwurf wegen zu tiefer Budgetierung machen. Die Steuereinnahmen wurden aufgrund der Vorgabe der kantonalen Steuerverwaltung budgetiert.

Ein weiterer Grund für das positive Ergebnis liegt darin, dass die Abschreibungen um CHF 0.5 Mio. niedriger ausgefallen sind als im Budget und beim Transferaufwand die CHF 3.5 Mio. als Solidaritätsbeitrag an den Kanton Zug nicht bezahlt werden mussten. Weiter ist der Beitrag der Prof. Otto Beisheim-Stiftung um CHF 0.5 Mio. höher ausgefallen, als budgetiert.

Positiv zu erwähnen ist, dass beim Personalaufwand das Budget mit einer Differenz von CHF 17'000.– eingehalten werden konnte. Die Sozialhilfe war zu tief budgetiert und die Ausgaben sind netto um CHF 700'000.– höher als im Budget ausgefallen. Gegenüber vom Vorjahr waren die Kosten aber nicht höher. Die Anzahl der Dossiers bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe sind im letzten Jahr von 218 auf 248 angestiegen. Auf der anderen Seite sind die Kosten für die Sozialfürsorge bei Kindern und Familien und Gesundheit / Alter tiefer als erwartet ausgefallen.

Aufgrund der durchgeführten Prüfungen bestätigen wir, dass die Bilanz, die Laufende Rechnung, die Investitionsrechnung und der Anhang mit der Buchhaltung übereinstimmen, die Buchhaltung ordnungsgemäss geführt ist, die gesetzlichen Vorschriften, Bestimmungen und Bewertungsgrundsätze eingehalten werden und die in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerte vorhanden sind.

Wir unterbreiten der Gemeindeversammlung folgende Anträge:

1. Die Jahresrechnung 2017 der Einwohnergemeinde Baar sei zu genehmigen und dem Gemeinderat Entlastung zu erteilen.
2. Die RGPK unterstützt grossmehrheitlich der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Verteilung des Ertragsüberschusses.

Somit sollen CHF 7 Mio. in die Vorfinanzierung für den Neubau des Schulhauses Wiesental verwendet werden und CHF 7 Mio. für den Neubau des Schulhauses Sternmatt 1. Weiter sollen CHF 5 Mio. zusätzlich vom Verwaltungsvermögen abgeschrieben und der Rest von CHF 456'016.48 der Freien Reserve zugewiesen werden.

Für die angenehme und konstruktive Zusammenarbeit danken wir dem Finanzsekretär, Manuel Frei, dem Gemeinderat, allen Abteilungsleitern sowie allen Mitarbeitenden bestens.

Karl Bürgler

Einmal mehr stand der Überschuss im Fokus der Jahresrechnung. Für mich als Baarer Bürger ist aber primär wichtig, dass die Aufwandsseite korrekt budgetiert ist. Dass das der Fall ist und das Budget eingehalten wurde, ist in der aktuellen Jahresrechnung ersichtlich und bedeutet ein vorausschauender und guter Budgetprozess. Nur weil das Rechnungsjahr 2017 erneut mit einem höheren Gewinn abschliesst als erwartet, soll dies jedoch nicht Anlass zu Umverteilungen oder Aufwandserhöhungen sein. Nein, diese Überschüsse sollen dazu benutzt werden, unsere Gemeinde vorwärts zu bringen. Nur durch tatsächliche Verbesserungen ist ein Mehraufwand auch gerechtfertigt.

Der Gemeinderat hat auch in diesem Jahr vom Instrument der Vorfinanzierung Gebrauch gemacht und Vorfinanzierungen über CHF 19 Mio. vorgenommen. Solange dies noch möglich ist, soll dieses Instrument auch benutzt werden. Ansonsten müsste bereits wieder ein Überschuss im selben Umfang durch Aufwandsaufblähungen kompensiert werden. Das Kantonale Finanzhaushaltsgesetz lässt grüssen. Daher unterstützt Die FDP Baar das Vorgehen der Vorfinanzierung. Aus all den genannten Punkten schlagen wir von der FDP Baar mit gutem Gewissen vor, die Jahresrechnung in der vorliegenden Form ohne Wenn und Aber zu genehmigen.

Erlauben Sie uns trotzdem einige Fragen, denn wir sind der Meinung, dass es der eine oder andere bereits erwähnte Punkt zu klären gilt. Die eine Frage betrifft die Sozialhilfe. Hier ist eine Abweichung aufwandseitig von fast 40 % bzw. einem um CHF 1.7 Mio. höheren Aufwand ersichtlich. Sind nicht genügend Erfahrungswerte vorhanden? Oder was macht man zukünftig, dass solche Überbordungen nicht wieder stattfinden? Wie können wir hier reagieren?

Eine weitere Frage ist, was seitens des Gemeinderates mittel- bis langfristig mit den gebildeten Eigenkapitalreserven geplant ist? Gemäss Punkt 5 Eigenkapitalnachweis sind z.B. Steuerausgleichsreserven von CHF 55 Mio. sowie eine freie Reserve von ca. CHF 70 Mio. vorhanden, was grundsätzlich den Fiskalertrag von 2017 übersteigt. Was gedenkt man mit diesen Fiskalerträgen bzw. mit diesen Reserven zu machen? Wo sind entsprechende Aufwandssteigerungen zu erwarten, die solche Reserven auch für Folgejahre rechtfertigen?

So viel von unserer Seite her zur Jahresrechnung, besten Dank.

Alois Gössi

Im Namen der SP Baar bedanke ich mich ganz herzlich bei der Verwaltung, bei den Schulen sowie beim gesamten Gemeinderat für die im Jahr 2017 gute geleistete Arbeit.

Zur Rechnung 2017: Einmal mehr war das budgetierte Ergebnis der Rechnung meilenweit vom effektiven Ergebnis entfernt. Statt einem budgetierten Plus von nicht ganz CHF 3 Mio. gibt es jetzt ein sehr erfreuliches Plus von CHF 19.4 Mio. Die Differenz zwischen Budgetierung und Rechnung war für 2017 nur ca. CHF 16.6 Mio., im 2016 war sie noch CHF 21.5 Mio. Da müssen wir uns schon fragen, wieviel Vertrauen können wir jeweils in ein Budget haben, dass dann auch einigermaßen eingehalten wird. Aber lieber eine Rechnung, die massiv besser abschneidet als das Budget vorsah, als der umgekehrte Fall. Dies ist in Baar meistens die Regel.

Für einen Teil der Abweichung vom Budget haben wir ja auch selber dazu beigetragen, in dem wir das Entlastungsprogramm, über das wir im Herbst 2016 abstimmen konnten, abgelehnt haben. So wurde ein Solidaritätsbeitrag der Gemeinde Baar in der Höhe von rund CHF 3 Mio. obsolet. Auf der anderen Seite gab es zusätzliche Steuereinnahmen im 2017 bei den juristischen Personen von mehr als CHF 10 Mio. Wir hoffen hier einfach, dass diese zusätzlich erhaltenen Steuererträge auch nachhaltig für die nächsten Jahre eintreffen werden. Der Personal- und Sachaufwand für 2017 war im Rahmen der budgetierten Aufwände. Hier, wo doch einiges durch die Gemeinde direkt beeinflusst werden kann, wurde das Budget relativ genau eingehalten. Ich habe noch ein Lob an Manuel Frei, Abteilungsleiter Finanzen und Wirtschaft. Er hat es einmal mehr verstanden, die hohen flüssigen Mittel von rund CHF 37.5 Mio. per Ende 2017 so anzulegen, dass die Gemeinde Baar keine Negativzinsen zahlen musste.

Zur Unterstützung von Hilfsprojekten: Wir begrüßen, wenn der Gemeinde für die Budgetgemeinde 2019 prüft, ob er einen Antrag zur Unterstützung von zusätzlichen Hilfsprojekten unterbreiten will. Wir sind klar der Auffassung, dass aufgrund von unserem Gewinn von CHF 19.4 Mio. aus solidarischen Gründen zusätzliche Gelder gesprochen werden sollen, wie wir dies in der Vergangenheit immer getan haben. Wir schlagen jedoch vor, wir machten dies schon letztes Jahr, aber der Gemeinderat ging leider nicht darauf ein, dass solche Gelder neu gedrittelt werden sollen: 1/3 für Hilfe im Ausland, 1/3 für die Schweiz und 1/3 für Hilfe im Kanton Zug oder Baar. Sei es via Institutionen oder allenfalls direkt.

Zur Investitionsrechnung: Einmal mehr, und hier ist es im Gegensatz zur Rechnung beinahe chronisch, wurde massiv weniger investiert als budgetiert. Geleisteten Investitionen von CHF 14.5 Mio. stehen budgetierte Investitionen von CHF 21.4 Mio. gegenüber. Also nur 2/3 der geplanten Investitionen wurden auch ausgegeben. Da frage ich mich, ist es im Zeitpunkt des Budgets, also so im Oktober vor allem in der Bauabteilung nicht klar, welche Investitionsprojekte im Budgetjahr umgesetzt werden können und welche nicht? Ich wünsche mir hier für die kommende Investitionsrechnung 2019 eine realistischere Planung.

Aufgrund des Überschusses von CHF 19.5 Mio. für 2017 sowie demjenigen von CHF 15.4 Mio. 2016 zeichnet sich jetzt schon eine spannende Budgetgemeinde im Dezember für das Budget 2019 ab. Wie gestaltet Baar eine mittelfristig ausgeglichene Rechnung über 8 Jahre, ein Teil davon in der Vergangenheit? Dies verlangt das Finanzhausgesetz. Wie hoch soll der Steuerfuss für 2019 festgesetzt werden, dies auch in Anbetracht dieser grossen Gewinne im 2016 und 2017 und der Tatsache, dass wir bereits jetzt schweizweit den tiefsten Steuerfuss haben? Wieviele Vorausinvestitionen und / oder zusätzliche Abschreibungen sollen wir vornehmen im 2019 und in den Folgejahren?

Das sind auch Fragen, die Karl Bürgler gestellt hat. Da erwarte ich dann vom Gemeinderat für die Budgetgemeinde klare Aussagen sowohl für das Budgetjahr 2019 wie auch für die folgenden Jahre im Finanzplan.

Ich komme zum Schluss. Die SP Baar folgt den Anträgen der RGPK. Wir empfehlen Ihnen, liebe Baarer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die Rechnung 2017 zu genehmigen und den Vorschlag zur Verbuchung des Ertragsüberschusses, der vor allem aus zusätzlichen Abschreibungen mit CHF 5 Mio. und weiteren Vorfinanzierungen von Projekten von CHF 14 Mio. besteht, zu genehmigen.

Jasmina Tadin

Ich spreche für die SVP Baar. Als erstes möchte ich mich beim Gemeinderat und der gesamten Verwaltung für ihre Arbeit vom letzten Jahr bedanken. Da sich die SVP für einen sorgsamem Umgang mit Steuergeldern einsetzt, möchte ich an dieser Stelle auch die disziplinierte Ausgabenkontrolle und der über die letzten Jahre verbesserte Budgetprozess loben.

Das Rechnungsergebnis ist insbesondere sehr erfreulich. Allerdings ist die grosse Budgetüberschreitung von knapp 37 % bei der Sozialhilfe bedenklich, wenn man bedenkt, dass die Wirtschaft zurzeit eigentlich gut läuft. In der kommentierten Jahresrechnung konnte man lesen, dass es im Nachhinein betrachtet sehr optimistisch budgetiert war. Gleichzeitig fragen wir uns nun, wie das in Zukunft budgetiert werden soll. Denn momentan geht es uns gut und was machen wir, wenn es uns einmal nicht mehr so gut geht.

Auch ich möchte den Überschuss kommentieren. Einmal mehr zeigt der Überschuss von CHF 19.5 Mio., dass die letztjährige Steuersenkung richtig war. Baar ist und bleibt ein attraktiver Standort. Die Gefahr bei so rosigen Zahlen ist natürlich, dass werden Sie sicher auch noch hören, dass es gleichzeitig Begehren weckt. Die SVP Baar steht jedoch für einen schlanken Staat und setzt sich auch in guten Zeiten dafür ein, dass das Wünschenswerte vom Notwendigen getrennt wird. Wir sind uns der Folgekosten für Investitionsprojekte bewusst und mahnen davor, dass Projekte unnötig vergoldet werden. Wir wissen auch, dass die Steuerzahler das Geld, das die Baarer Kassen füllt, zuerst durch ihre Arbeit verdienen mussten. Deshalb verdienen sie auch eine Entlastung. Wie Sie schon in der Zeitung lesen konnten, wird die SVP Baar auch dieses Jahr an der Budgetversammlung wieder einen Antrag stellen, die Steuern um 2% zu senken. Für Ihre Unterstützung bedanke ich mich jetzt schon herzlich.

Mit der Verbuchung des Ertragsüberschusses, wie es der Gemeinderat vorschlägt, können wir uns als SVP Baar einverstanden erklären und bitten Sie, den Anträgen der RGPK zu folgen und die Jahresrechnung 2017 zu genehmigen und den Gemeinderat zu entlasten.

Heini Schmid

Im Namen der CVP Baar beantrage ich Ihnen, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und die Rechnung 2017 zu genehmigen, dem Gemeinderat Entlastung zu erteilen und der Verteilung des Ertragsüberschusses zuzustimmen.

Bei einem solchen Abschluss will und kann die CVP nur danken. Danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die straffe Kostenkontrolle und die im Vergleich zu anderen Gemeinwesen schlanke Verwaltung.

Und da es nichts Langweiligeres gibt, als über schon getätigte Ausgaben und Einnahmen zu debattieren, erlaube ich mir über die Zukunft, nämlich das Budget 2019 zu sprechen. Das Fazit aus der Diskussion unserer Parteiversammlung ist, dass wir den Gemeinderat auffordern, uns spätestens im Rahmen des Budgets 2019, Auskunft darüber zu geben, wie es mit unseren Finanzen und mit unserem Steuerfuss kurz- mittel- und langfristig weitergeht. Für die CVP gibt es dabei keine Tabus. Von Steuersenkungen, Steuerrabatten, Investitionen in den gemeinnützigen Wohnungsbau oder Investitionen, zum Beispiel in ein Sportzentrum Lättich, soll ein breiter Fächer von Massnahmen in Betracht gezogen werden. Der Gemeinderat muss uns aufzeigen, wie wir mittelfristig zu einer ausgeglichenen Rechnung kommen. Es ist dabei zu vermeiden, dass Steuern auf Vorrat erhoben werden und die guten Abschlüsse dürfen nicht dazu führen, dass wir die Ausgaben und Investitionen nicht mehr sorgfältig prüfen.

In diesem Sinne, danke dem Gemeinderat, super Abschluss, uns hat es gefreut!

Anna Lustenberger

Natürlich sieht es gut aus, wenn die Gemeinde eine so positive Rechnung mit einem grossen finanziellen Überschuss vorweisen kann. Viel grösser, als an der Budgetgemeinde im Dezember angekündigt. Wir werden der Rechnung auch zustimmen und die Anträge der RGPK genehmigen.

Solche Gewinne haben für uns Alternative - die Grünen immer zwei Seiten. Mehr Gewinne bei Firmen, als berechnet, geringere Abschreibungen, der geplante Solidaritätsbeitrag der Gemeinde für den Kanton fällt aus. Das sind die Gründe für diesen hohen Überschuss. Aber ist es nur das? Ich meine, wir befinden uns in einer Spirale. Tiefe Steuern, neue Firmen verlegen ihre Sitze hierhin, machen gute Abschlüsse, mehr Steuererträge. Mehr wohlhabende reiche Leute, sehr oft gut bezahlte Fachkräfte aus dem Ausland ziehen in unsere Gemeinde, denn irgendwer muss sich ja die teuren Mieten leisten können. Das bringt auch wieder mehr Steuereinnahmen. Das kann nach Steuersenkungen rufen, viele begrüssen dies, auch aus der Mittelschicht oder sogar bei Wenig-Verdienenden, weil der Glaube halt immer noch vorhanden ist, dass auch sie profitieren werden. Und die Spirale beginnt wieder von vorne, mehr Firmen, mehr wohlhabende Leute, mehr Steuererträge und so fort.

Die Folge einer solche Spirale kennen wir alle, das Leben wird teurer, nicht nur die Wohnungsmieten, vieles. Und viele Leute können sich in unserer Gemeinde Luxus leisten. Aber die andere Seite gibt es auch. Macht es wirklich Sinn, wenn zum Beispiel ältere, vielleicht schon verwitwete Leute nicht aus ihrem Einfamilienhaus ziehen, das für eine Familie gut wäre, weil sie sich eine kleinere Dreizimmerwohnung nicht leisten können? Das ist eine Baarer-Realität, die Sie hier alle kennen. Oder ältere Personen, die einmal wegen der Arbeit weggezogen sind können nicht mehr zurückkommen, weil sie sich das Leben hier schlichtweg nicht leisten können.

Ich bin wie die SVP dafür, dass etwas an die Menschen zurückgegeben werden soll. Aber an alle, und nicht nur an Wohlhabende. Also nicht in Form einer Steuersenkung. Wenn schon, dann als Steuerrabatt - für alle gleich – so wie beim Bonus für die Gemeindeangestellten fürs letzte Jahr.

Ich unterstütze auch die CVP in ihren Worten wenn sie nun auch sagen und schreiben: Sparen nicht auf die Kosten des Mittelstandes. Ich erinnere sehr gerne aber daran, dass die sogenannten Kostenoptimierungen auch auf Druck der CVP durchgeführt wurden. Ich denke, es gibt für eine Gemeinde viele Möglichkeiten, dem Mittelstand von diesem Überschuss wieder etwas zurückzugeben, was bei der Kostenoptimierung gestrichen, oder was an Belastungen nach oben angepasst wurde.

Wir sind gespannt auf die Vorschläge des Gemeinderates für die Inland- und Auslandhilfe. Dafür haben wir immer ein grosses Ohr. Wir sind eine reiche Insel inmitten einer grossen Welt und wir tragen Mitverantwortung für Menschen, denen es weniger gut geht. Für die Armut in anderen Ländern sind wir im Westen halt oft mitverantwortlich.

Man kann sich nun fragen, ist die Spirale, in der wir uns befinden, gut oder schlecht? Wir Alternative – die Grünen jedenfalls wehren uns gegen das ungebremste Wachstum und finden das überhaupt nicht gesund.

Andreas Hotz

Das Wort zur Rechnung 2017 wird nicht mehr gewünscht. Ich versuche die beiden Fragen zusammenzufassen. Die eine wurde von zwei Votanten genannt, es geht um die Entwicklung im Bereich Sozialhilfe. Hier gebe ich nachher das Wort an Berty Zeiter. Die andere Frage ist betreffend Strategie des Gemeinderates im Umgang mit Eigenkapital, entsprechender Steuerfussfestsetzung, allenfalls auch Einsatz für diverse andere Projekte. Hier wird sicher Finanzchef Hans Steinmann das Wort ergreifen.

Berty Zeiter

Ich bedanke mich beim Präsidenten der RGPK, dass er den Hintergrund der Entwicklung der Sozialhilfe bereits vorgebracht hat. Bei der Sozialhilfe selber haben wir keine Steigerung sondern eine Senkung gegenüber dem letzten Jahr um CHF 300'000.–, wenn man die netto Sozialhilfezahlungen anschaut. Es stimmt, dass wir viel zu tief budgetiert haben. Das hat sich aus dem Budgetprozess ergeben, welcher von der Sozialabteilung und der Finanzabteilung miteinander gemacht wird und das erste halbe Jahr bereits bezieht. Anscheinend hat im Jahr 2016 das erste halbe Jahr gut ausgesehen und dadurch hat es eine viel tiefere Einschätzung gegeben. Im Nachhinein ist diese Budgetierung unrealistisch. Wenn man die Rechnung selber mit den letzten Jahren vergleicht, sind wir nicht daneben.

Allgemein ist es bei der Budgetierung der Sozialhilfe sehr schwierig. Auch wenn die wirtschaftliche Entwicklung positiv ist, können die Menschen, die bei uns landen, trotzdem unter die Räder kommen, da sie ihre oft unqualifizierten Arbeitsplätze verlieren.

Hans Steinmann

Ich freue mich ausserordentlich auf den nächsten Budgetprozess, denn all die Anregungen fordern uns in der Finanzabteilung und natürlich den gesamten Gemeinderat stark heraus. Wir haben die Richtlinien des Kantons betreffend ausgeglichene Rechnung und es wird bestimmt ein sehr spannender Budgetprozess. Wir sind froh um alle Anregungen und wir werden diese diskutieren, damit wir Ihnen ein ausgewogenes und gutes Budget 2019 präsentieren können.

Uns fordert die Geschichte mit der ausgeglichenen Rechnung gerade deshalb, da wir Ertragsüberschüsse hatten. In der Finanzstrategie steht, dass wir das Eigenkapital auf 40% bringen müssen. Die 50% Differenz wird uns herausfordern.

Andreas Hotz

Wir nehmen die Anregungen auf und die Diskussionen zum Budgetprozess 2019 sind spannend. Die Eigenkapitalstrategie müssen wir sicher anschauen. Das ist ein nicht ganz einfacher Prozess. Wir werden versuchen, breitere Kreise in die Diskussion einzubeziehen. An die Adresse der SP Baar, wir nehmen die Diskussion betreffend In- und Auslandhilfe auf.

Anträge

1. Die Jahresrechnung 2017 der Einwohnergemeinde Baar sei zu genehmigen und dem Gemeinderat Entlastung zu erteilen.
2. Der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Verbuchung des Ertragsüberschusses sei zuzustimmen.

Beschluss

1. Die Jahresrechnung 2017 der Einwohnergemeinde Baar wird einstimmig genehmigt und dem Gemeinderat Entlastung erteilt.
2. Der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Verteilung des Ertragsüberschusses wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 4

Bebauungsplan Inwil Dorf und Teilrevision des Zonenplans GS Nr. 711 (teilweise)

Die Vorlage des Gemeinderates vom 2. Mai 2018 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Andreas Hotz

Ich muss leider die betrübliche Feststellung machen, dass mein lieber Vizepräsident umgehend den Saal verlassen muss. Aus verwandtschaftlichen Gründen hat er beim Geschäft nicht mitgewirkt und darf nicht im Saal sein. Wir werden das Geschäft ohne Paul Langenegger abhandeln. Ersetzt wird er seit den letzten Monaten oder fast Jahren während der Ausarbeitung des Bebauungsplans durch seinen Stellvertreter Jost Arnold. Das Wort zum Traktandum ist frei.

Sepp Grob-Bieri

Ich bin ein Vorstandsmitglied der CVP Baar und ein Mitglied der Planungskommission Baar.

Im Jahr 2013 wurde ein Quartiergestaltungsplan für das Gebiet Baarermatt Ost festgelegt. Das Gebiet Baarermatt Ost stellt einen Entwicklungsschwerpunkt in der Gemeinde Baar dar. In einer ersten Etappe sollte die direkte an den Ortskern grenzende, erste Planungseinheit des Quartiergestaltungsplanes überbaut werden. Alle Grundstücke sind mit einer allgemeinen Bebauungsplanpflicht für öffentliche Freiräume überlagert. Der östliche Teil befindet sich in der Kernzone B und der westliche Teil ist in der Reservebau- und Kernzone A. Der historische Ortskern Inwil gehört der Kernzone B an.

Unter Begleitung der Abteilung Planung / Bau und der Denkmalpflege wurde 2014 / 15 ein Studienverfahren unter 5 Architekten durchgeführt. Das Gewinner-Projekt zeichnet sich mit folgenden Hauptmerkmalen aus:

- Erweiterung des Dorfkerns mit ortsüblicher, lockerer- und kleinkörniger Struktur.
- Fliessender und behindertengerechter Verlauf des Aussenraumes von Arbachstrasse bis zum Quartier-Freiraum im Westen.
- Einfache Erschliessung der Überbauung durch eine Stichstrasse von der Arbachstrasse und sehr kurze Distanzen bis zur unterirdischen Sammelgarage.
- Zeitgemässe Architektur als Kombination von Baukörpern mit Schräg- und Flachdächern und eine Reduktion auf Putz und Holz als Haupt-Fassadenmaterial.

Zur Parkierung. Die Tiefgarage sieht maximal 130 unterirdische Parkplätze vor. Oberirdisch sind 24 Parkplätze angeordnet, von denen 10 Parkplätze auf dem neuen Besucherplatz des Restaurants Ebel erstellt werden.

Zum Durchgangsrecht. Das Durchgangsrecht von der Arbachstrasse zum Quartier-Freiraum West ist mit der Gemeinde vertraglich geregelt.

Im Rahmen einer Teilrevision des Zonenplans wird eine 50 m² grosse Fläche von der Reserve-Bauzone W3 ausgezont und neu als Waldfläche bezeichnet. Die Planungs-

kommission hat das Richtprojekt am 25. Oktober 2016 und den Bebauungsplan sowie die Teilrevision des Zonenplans am 30. Mai 2017 verabschiedet.

Die Planungskommission empfiehlt einstimmig dem Bebauungsplan und der Teilrevision des Zonenplans zuzustimmen. Besten Dank.

Zari Dzaferi

Ich habe nur eine Anmerkung. Ich möchte darum bitten, dass bei weiteren Geschäften in diesem Ausmass in der Vorlage erwähnt wird, wie sich das Projekt auf die gesamte Verkehrs- und Schulsituation auswirkt. Das wäre wichtig, damit wir wissen, dass der Gemeinderat dies analysiert und ins Auge gefasst hat. So könnten wir uns ein besseres Bild machen und es müssten keine Fragen in diese Richtung gestellt werden.

Andreas Hotz

Danke für diese Anregung. Wir nehmen das gerne auf. Ich kann klar festhalten, dass alle Verkehrsfragen bei einer solchen grossen Planung vom Gemeinderat und den entsprechenden Kommissionen berücksichtigt werden. Das gleiche gilt für die Schulraumplanung, die umfassend auf die entsprechenden Baugebiete abgestützt ist. Es ist eine gute Anregung.

Antrag

Dem Bebauungsplan Inwil Dorf sowie der Teilrevision des Zonenplans GS Nr. 711 (teilweise) sei in Kenntnis der Einwendungen zuzustimmen.

Beschluss

Der Bebauungsplan Inwil Dorf sowie die Teilrevision des Zonenplans GS Nr. 711 (teilweise) wird in Kenntnis der Einwendungen grossmehrheitlich genehmigt.

Im Ausstand: Paul Langenegger

Traktandum 5

Gebietsplanung Unterfeld Nord, Baar – Teilrevision Zonenplan und Bauordnung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 2. Mai 2018 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Roman Müller

Als Kommissionssprecher der Planungskommission darf ich Ihnen Traktandum 5, Teilrevision vom Zonenplan und der Bauordnung im Unterfeld Nord näherbringen und vorstellen.

Das Gebiet ist im Zonenplan als Reservebauzone, beziehungsweise als Arbeitszone AD mit einer maximalen Baumassenziffer von 5.0 zugewiesen. Zudem ist das Grundstück im Verdichtungsgebiet, welches der Kanton ausgeschieden hat. Je nachdem ob Gewerbe mit grosser Raumhöhe oder klassische Bürobauten mit minimaler Raumhöhe gebaut werden, resultiert eine andere Ausnützungsziffer. Bei einem reinen Bürogebäude mit minimaler Geschosshöhe resultiert zum Beispiel eine Ausnützung von ca. 1.4.

Da die Grundeigentümer vom Unterfeld Nord Bauabsichten haben, ist die Planung bereits im Jahr 2015 gestartet worden, und bis heute ist nun auch die Verdichtung geprüft und umgesetzt worden.

Das Baufeld Unterfeld Nord hat nichts mit dem Projekt Unterfeld Süd zu tun, welches im Februar 2017 an der Urnenabstimmung knapp abgelehnt wurde. Das sind zwei funktional eigenständige Gebiete mit je ca. 36'000 m².

In einem ersten Schritt wurde ein Quartiergestaltungsplan erarbeitet. Dort werden Qualitäten in Bezug auf die Entwicklung und das Konzept für die Bebauung, die Erschliessung sowie die Freiräume aufgezeigt. Da das Gebiet eine Bebauungsplanpflicht für Freiräume hat, ist eine vertragliche Vereinbarung zur Erstellung und Unterhalt von den ausgeschiedenen Freiräumen erstellt worden.

Im Rahmen des Quartiergestaltungsplanes haben sich die Grundeigentümer zu einer Verdichtung kritisch geäussert, da ein hoher Aufwand mit einem offenen politischen Ausgang - wie eben das Unterfeld Süd - befürchtet worden ist. Da das Areal aber ein hochwertiges Arbeitsplatzareal darstellt, waren die Planungskommission und der Gemeinderat der Meinung, dass eine Verdichtung angestrebt und gesichert werden sollte. Der Gemeinderat konnte die Befürchtungen nachvollziehen und hat deshalb eine schlanke Lösung gesucht und gefunden.

Durch die Gemeinde ist in der Folge eine Verdichtungsstudie erstellt worden. Die Ziele waren die folgenden:

- Wie hoch ist das städtebaulich verträgliche Volumen?
- Welche Qualitätskriterien sollen bei einer Verdichtung festgelegt werden?
- Mit welchen Planungsmitteln kann eine Verdichtung realisiert und gesichert werden?

Der Quartiergestaltungsplan ist gleichzeitig mit den Planungsmitteln öffentlich aufgelegt worden und es sind während der Auflagezeit keine Anregungen eingereicht worden. Der Quartiergestaltungsplan wird somit nach dem Entscheid der Gemeindeversammlung über die vorliegende Teilrevision durch den Gemeinderat festgesetzt.

Zum Strassenplan für die Basiserschliessung ab dem Kreisel Nordstrasse. Bereits im Jahr 2014 ist im Rahmen der Planung Unterfeld Süd auch die Erschliessung des Unterfeld Nord geregelt worden. Es ist ein Strassenplan mit Gestaltungs- und Betriebskonzept erarbeitet worden. In einem Vertrag mit den Grundeigentümern ist auch die Realisierung und die spätere Abtretung der Stichstrasse an die Gemeinde geregelt worden. Die Berechnung der maximalen Parkplätze gemäss VSS Norm ist auch definiert. Die VSS Norm gibt eine maximale und eine minimale Zahl an Parkplätzen vor. In diesem Gebiet werden von der minimalen Anzahl Parkplätze nochmals 25% abgezogen, was dann die maximale Anzahl an Parkplätzen ergibt. Das kann je nach Nutzung eine grosse Einschränkung bedeuten. Da das Gebiet aber gut mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossen ist und wir von Baar das in diesem Gebiet seit Jahren so handhaben, ist es sicherlich verträglich und verkehrstechnisch notwendig. Nach der Ablehnung des Unterfeld Süd musste der Strassenplan nochmals öffentlich aufgelegt werden. Dort ist seitens des VCS eine Einsprache eingegangen. Die kantonale Baudirektion hat gemäss Vorprüfung eine Genehmigung des Strassenplans in Aussicht gestellt. Der Gemeinderat wird den Strassenplan nach der Gemeindeversammlung zur vorliegenden Teilrevision in seiner Kompetenz beschliessen und dabei auch über die Einsprache des VCS entscheiden.

Ich komme zur Verdichtungsstudie. Zuerst ist noch zu erwähnen, dass in der Studie eine Öffnung des Gebiets für Wohnungsnutzungen nicht untersucht worden ist. Folgende Erkenntnisse sind aus der Studie hervorgegangen:

- Das Gebiet ist aufgrund seiner Lage, Erschliessung und Grösse gut für eine Verdichtung geeignet.
- Es ist ein Spektrum einer Baumassenziffer von 5.0 - 8.0 geprüft worden, da noch grössere Volumen von der Dimension her als unrealistisch eingestuft worden sind.
- Bis zu einer Baumasse von 7.0 kann alles gut umgesetzt werden und es entsteht gleichzeitig ein attraktives Freiraumangebot. So würden die Bauten eine Höhe von ca. 23.5 m erreichen.
- Bei einer Baumasse von 8.0 würden die Bauten punktuell eine Höhe bis 29 m erreichen. Die bestehenden Bauten in der Umgebung sind auch schon bis 23 m hoch. Wenn aber diese Höhe durchbrochen werden sollte, wäre eine Erarbeitung eines Bebauungsplanes erforderlich. Dies um eine attraktive Freiraumgestaltung zu gewährleisten.
- Gemäss kantonalem Richtplan wäre eine Verdichtung bis zu einer Baumassenziffer 12.0 möglich gewesen. Dies ist aber gemäss den bereits erwähnten Argumenten nicht weiterverfolgt worden.

Zum Zonenplan: Die Teilrevision umfasst eine Umzonung vom Gebiet der Reservebauzone Arbeitszone AD in eine Bauzone mit speziellen Vorschriften Unterfeld Nord (Baumasse neu mit 7.0) sowie Aufhebung der Bebauungsplanpflicht für öffentliche Freiräume, da diese ja mit Verträgen geregelt worden sind. Nach der Genehmigung der vorliegenden Planung braucht es kein zusätzliches Planungsverfahren mehr, da die erforderlichen Qualitäten mit den neuen Bauordnungsbestimmungen und dem Anhang zur Bauordnung gesichert sind. Es können direkte Baugesuche eingereicht werden.

Änderung der Bauordnung:

- In Paragraph 36b werden für die Bauzone mit speziellen Vorschriften die qualitätssichernden Vorschriften festgelegt.
- Wichtig ist auch, dass die Verdichtung nicht nur möglich ist, sondern auch gemacht werden muss. Es wird eine Mindestdichte von 6.5 festgelegt. Eine etappenweise Realisierung bleibt trotzdem möglich.
- Die maximale Fassadenhöhe soll gleich hoch sein, wie die maximale Firsthöhe der Nachbargebäude; also maximal 23.5 m.
- Es sind total 1'850 m² öffentlich zugängliche Quartierfreiräume gesichert.
- Von der Basiserschliessung zur Oberneuhofstrasse ist eine Verbindung für den Fuss- und Veloverkehr, sowie für eine allenfalls spätere Busverbindung kostenlos gesichert worden. Es wird eine Baumallee erstellt. Auch ist eine neue Fuss- und Veloverbindung entlang der nördlichen Arealgrenze verbindlich festgesetzt worden. Die generelle Vorgabe ist auch bei der neuen Planung Unterfeld Süd eingeflossen und soll auch dort verbindlich festgesetzt werden.
- Gemäss Absatz 6 ist eine weitere Erhöhung der Baumassenziffer über 7.0 nur mit einem Bebauungsplan möglich. Im zusätzlichen Planungsverfahren würden dann die Qualitäten gesichert werden.

Zur Kantonalen Vorprüfung. Es sind seitens der Baudirektion zwei Einwendungen eingegangen, welche aber im bestehenden Plan bereits beseitigt worden sind. Somit sollte einer Zustimmung nichts im Wege stehen.

Zur öffentlichen Auflage und Einwendungen. Am 9. Januar hat eine öffentliche Informationsveranstaltung stattgefunden. Nachher ist das Projekt vom 5. Januar bis zum 5. Februar öffentlich aufgelegt. Es sind zwei Einwendungen eingegangen:

1. Es sei nicht explizit erwähnt, dass der motorisierte Individualverkehr (MIV) nicht durch das Quartier fahren darf.

Antwort des Gemeinderates: Es ist durch den Gemeinderat im Anhang 5 bei der Oberneuhofstrasse ein Signet (Sperrung Durchgangsverkehr MIV) aufgenommen worden. Gemäss der Bauordnung besteht im Moment nur die Möglichkeit zur Durchfahrt für den öffentlichen Verkehr, der MIV auch jetzt schon explizit ausschliesst.

2. Mit der Verdichtung wird der Verkehr massiv zunehmen und auf die Erhöhung der Fassadenhöhe auf 29 m (Baumassenziffer 8.0) sei zu verzichten, da die Erhöhung im Vergleich zu den Gebäuden in der Umgebung nicht verhältnismässig sei.

Antwort des Gemeinderates: 29 m sind nur möglich, wenn ein Bebauungsplan erarbeitet wird. Dass dann über alle Baugebiete die Höhe erreicht werden kann, müsste der Bebauungsplan über das ganze Baugebiet erarbeitet werden. Mit einem Bebauungsplan ist es grundsätzlich möglich, bis zu 30% Mehrausnutzung zu generieren. In diesem Fall ist es aber auf maximal 14% Mehrwert plafoniert. Die Höhe kann aus der Sicht der Planungskommission und dem Gemeinderat in Betracht des Abstandes durch die Gleisanlage und den Standort des Gebiets gut vertreten werden. Betreffend Verkehr können in einem Bebauungsplan weitere Reduzierungen von Parkplätzen vorgenommen werden, würde man bis dahin sehen, dass dies nötig ist.

Weiter sind noch zwei Anträge des Verkehrs Club Schweiz (VCS) eingegangen. Dies betrifft den Strassenplan, welcher zusammen mit dem Unterfeld Süd erstellt werden

soll. Falls der Gemeinderat den Strassenplan vorher beschliessen würde, müsste die Umweltverträglichkeitsprüfung bereits jetzt über beide Gebiete gemacht werden. Der VCS moniert, dass es sich gemäss Bundesgerichtsentscheid über zwei gemeinsame Überbauungen handelt.

Antwort des Gemeinderates: Fakt ist, dass es erstens zwei klar getrennte Bebauungsgebiete sind und somit der Bundesgerichtsentscheid gemäss Gemeinderat nicht herangezogen werden kann. Zweitens wird dies für die Parkanlage über 500 Motorfahrzeuge, und dies nicht im jetzigen Stadium, sondern erst bei einem konkreten Bauvorhaben, erstellt.

Fazit: Wir von der Planungskommission haben die Teilrevision des Zonenplans an der Sitzung vom 27. August 2017 verabschiedet. Am 20. Februar 2018 haben wir die Vorlage inklusive den Antworten zu den Einwendungen einstimmig unterstützt und empfehlen Ihnen, geschätzte Baarerinnen und Baarer, die Vorlage der Teilrevision des Zonenplans im Gebiet Unterfeld Nord, sowie die Ergänzungen und Anpassungen der Bauordnung inklusive Anhang 5 unter Kenntnis der Einwendungen zuzustimmen.

Als Mitglied der CVP möchte ich Ihnen erläutern, dass auch die CVP die Teilrevision an der Parteiversammlung einstimmig unterstützt hat und somit empfiehlt, das Traktandum zu unterstützen.

Martin Zimmermann

Wir als Grünliberale Baar begrüssen die Bestrebungen auf Verdichtung im Unterfeld Nord wie auch Süd. Wir sind jedoch auch besorgt darum, wie stark dass der Bebauungsplan und Quartiergestaltungsplan hier investorengetrieben ausgearbeitet wurde. Wir bemängeln zum Beispiel, dass keine Vorgaben zu Quartierfreihalteflächen gemacht wurden bzw. in den Unterlagen nichts dazu zu finden ist. Es wurden lediglich Grössen ausgewiesen.

Wir hoffen, dass die Baukommission in Zukunft mehr Wert darauf legt, dass zum Beispiel Vorgaben qualitativ gemacht werden könnten und nicht einfach Grössen bestimmt werden. Schlussendlich könnte man einfach einen Kiesplatz hinstellen und das wäre ein Quartiergestaltungsplan.

Meine Frage ist, wie der Gemeinderat das in Zukunft sicherstellen möchte, dass auch Quartierfreiräume ansprechend für unsere Bürgerinnen und Bürger und Mitarbeitende in diesem Gewerbebereich gestaltet werden.

Andreas Lustenberger

Vor etwas mehr als einem Jahr wurde der Bebauungsplan Unterfeld mit einer knappen Mehrheit in der Gemeinde Baar abgelehnt. Damals ging es um den Teil Süd, jetzt geht es um den Teil Nord. Das klingt, als wären es zwei unterschiedliche Gebiete. Das mag zwar planerisch stimmen, doch schlussendlich geht es in diesem Geschäft um die letzte freie Fläche zwischen Baar und Zug westlich der Bahnlinie. Ganz generell geht es aktuell auf verschiedenen politischen Stufen - sei es beim kantonalen Richtplan, der gerade im Kantonsrat diskutiert wird, bei der Zonenplanung, die in der Gemeinde Baar revidiert werden muss, oder auch beim jetzigen Geschäft - um die Entwicklung unserer Gemeinde und unserem Kanton.

Wir von den Alternative - die Grünen und der SP finden, dass wenn wir wachsen möchten, müssen wir mit der letzten verbliebenen Baulandreserve sehr haushälterisch und intelligent umgehen. Ich möchte deshalb zwei Punkte erwähnen und stelle Anträge, weshalb wir diesem Bebauungsplan kritisch bis ablehnend gegenüberstehen.

Was soll auf dem Gebiet Unterfeld entstehen? Wir haben vorhin gehört, dass es ein bisschen von Investoren getrieben worden sein könnte. Laut unseren Informationen ist dies vor allem die Bavaria Auto AG, die ein neuer Ort braucht. Im Bebauungsplan ist nicht weiter geregelt, was dort noch gemacht werden könnte. Gut möglich, dass es nochmals zig Büroflächen gibt. Hier fragen wir uns, was denn mit dem lokalen produzierenden Gewerbe ist. Der Kantonsrat beschliesst am 28. Juni, also in zwei Wochen, über den kantonalen Richtplan. Wenn alles normal läuft, hat es dort einen neuen Satz, der auch für das Gebiet Unterfeld gelten würde. Dieser lautet: Die Gemeinden prüfen die Umzonung von heutigen Arbeitszonen zu Industrie- und Gewerbebezonen. Sprich, es sollen nicht noch mehr Büroflächen entstehen, sondern explizit Platz für unsere Handwerkerbetriebe und die Industrie geschaffen werden. Ich stelle deshalb die Frage an den Gemeinderat, ob diese Anpassung im kantonalen Richtplan, falls sie Ende Juni beschlossen wird, eine Auswirkung auf das Gewerbe hat, das im Gebiet Unterfeld Nord Platz bekommen soll. Wir sind der Meinung, dass es in der Region Zug schon sehr viele Büroflächen gibt, und man aufgrund der knappen anderen Ressourcen ein gewichtiges Augenmerk auf das lokale und produzierende Gewerbe legen muss.

In seiner Vorlage schreibt der Gemeinderat, dass es sich beim Unterfeld um zwei verschiedene Gebiete handelt. Schlussendlich spielt es jedoch keine Rolle, ob das Arbeits-, Wohn oder Mischzonen sind. Alles wird zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen. Wir fragen uns deshalb, wie das dann überhaupt auf der Nordstrasse funktionieren soll. Bereits heute haben wir zu Pendlerzeiten ein Verkehrschaos auf dieser Strasse. Und das, obwohl das Gebiet ideal mit zwei Stadtbahnhaltestellen erschlossen wäre. Man möchte bauen im Norden und im Süden vom Gebiet Unterfeld. Doch niemand kümmert sich wirklich darum, was mit der Nordstrasse passieren soll. Wenn es nach der Mehrheit im Kantonsrat geht, verschiebt man das aus unserer Sicht sehr dringende und notwendige Mobilitätskonzept sogar auf das Jahr 2021. Das schnelle Wachstum, die steigende Mobilität aber auch die Verdrängung vom Gewerbe oder von normalverdienenden Zugerinnen und Zugern macht den Alternativen und der SP sorgen. Wir fragen uns deshalb, ob es nicht besser wäre, man gäbe sich für die Entwicklung des gesamten Gebiets Unterfeld etwas mehr Zeit. Bald sollten wir ja auch wissen, was im Unterfeld Süd neu geplant ist und dann kann man auch ein sauberes Verkehrskonzept erstellen, das verhebt.

Wir stellen deshalb die beiden Anträge im Namen der SP und der Alternative - die Grünen, die man auf Seite 68 in der Vorlage nachlesen kann. Und wir sind hier anderer Meinung, als wir von der Baukommission gehört haben. Dieses Gebiet soll sehr wohl zusammen angeschaut werden für den Strassenplan. Man kann nicht einfach sagen, diese Strasse sei nur für den Norden wichtig und nicht für den Süden. Aus unserer Sicht muss man das zusammen anschauen. Deshalb stellen wir auch den zweiten Antrag, falls der erste Antrag nicht durchkommt, dass man die Umweltverträglichkeitsprüfung über beide Gebiete macht. Man kann schon sagen, dass es diese Umweltverträglichkeitsprüfung erst braucht, wenn man 500 Parkplätze plant. Doch wenn immer vereinzelt gebaut wird, haben wir nie ein Bauvorhaben mit 500 Parkplätzen. Die UVP muss so nicht gemacht werden.

Uns ist es ein Anliegen, dass man das Gebiet gemeinsam anschaut und dass man schonend, haushälterisch und auch intelligent mit unseren letzten Landreserven umgeht. Deshalb bitte ich Sie, die beiden Anträge zu unterstützen, damit auch wir dem Bebauungsplan zustimmen können.

Andreas Hotz

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zum Traktandum 5. Ich schlage vor, dass wir, bevor wir über die Anträge diskutieren beziehungsweise darüber befinden, die Fragen beantworten. Eine Feststellung war, dass die Vorlage von Investoren getrieben wurde. Das muss ich klar verneinen. Der Gemeinderat hätte sich das viel einfacher machen können, wenn er die Anliegen der Grundeigentümer berücksichtigt hätte. Man hat eine Quadratur des Kreises gefunden. Das ist ein Kompliment an die Bauabteilung, die hier gut verhandelt hat. Es ist sicher nicht investorengetrieben. Diese hätten viel schneller und einfacher vorgehen wollen. Das haben wir nicht gemacht.

Es geht nun um die Frage betreffend Qualität der Freiräume.

Paul Langenegger

Ich möchte die Aussage von Andreas Hotz unterstützen. Wir wurden nicht getrieben. Im Gegenteil, wir haben uns Zeit genommen und alles gut angeschaut. Denn das Unterfeld Nord ist etwas sehr Wichtiges. Wir müssen klar sehen, dass wir heute nicht über Bebauungspläne abstimmen, sondern über die Teilrevision Zonenplan und Bauordnung abstimmen. Das ist ein Unterschied.

Zu den Freiräumen. Wir wissen nicht, welche Projekte kommen. Deshalb können wir auch nicht sagen, was in diesen Freiräumen passiert. Wir haben sie ausgenommen, wie Sie auf Seite 65 auf dem Plan sehen. A und B sind Freiräume. A hat 1350 m² und B 500 m². Wir haben auch noch einen Grüngürtel im Norden vom Unterfeld Nord. Wir können noch keine Aussagen machen, wie es aussehen wird. Aber diese sind vertraglich festgelegt. Wer dort baut, muss diese Freiräume machen. Wir werden die Freiräume gestalten, wenn Projekte vorhanden sind.

Andreas Hotz

Es geht auch darum, die Qualität der Freiräume zu sichern.

Paul Langenegger

Die Qualität ist unterschrieben und nach unseren Vorschriften, die eingehalten werden müssen. Sie sind frei, doch die Qualität muss stimmen. Das können wir noch nicht abmachen. Die Freiräume werden sichergestellt, wenn wir Projekte haben.

Andreas Hotz

Nun geht es um die Frage von Andreas Lustenberger betreffend Berücksichtigung der Anpassung des kantonalen Richtplans.

Paul Langenegger

Es ist eine Arbeitszone und wir können den Grundeigentümern nicht festschreiben, was sie machen müssen. Wie wir gehört haben, werden dort vermutlich eine Autogarage und Büros hinkommen. Aber es ist auch möglich, dass dort industrielle Betriebe einziehen. Das steht im Moment noch nicht fest.

Betreffend Verdichtung haben wir mit den Grundeigentümern gerungen. Sie wollten zuerst nicht verdichten und sofort bauen. Doch wir haben uns nicht ins Boxhorn schiessen lassen, sondern finden, dass wenn irgendwo verdichtet wird, muss dort verdichtet werden.

Wir wissen alle, dass die Nordstrasse am Morgen eine halbe bis dreiviertel Stunde lang mehr Verkehr hat. Doch verstopft ist sie noch lange nicht. Wir haben dort Bauzonen, die eingezont werden müssen, damit das Land überbaut werden kann. Wir haben klar gesagt, dass wir einen Maximal- und einen Minimalwert haben. Wir haben vom Minimalwert 75% genommen. Sie schreiben vom Minimalwert noch 25% auf Parkplätze ab. Mehr kann man nicht verlangen. Deshalb müssen wir keine UVP machen. Es werden dort nicht mehr als 500 Parkplätze bewilligt.

Im Sommer sollte eine städtebauliche Studie im Unterfeld Süd abgeschlossen werden. Wenn dort - wir wissen noch nicht, was kommt - mehr als 500 Autos kommen, müssten wir für das Unterfeld Süd eine UVP machen.

Andreas Hotz

Ergänzend kann man erwähnen, dass sich der Gemeinderat immer dafür einsetzt, dass die Nordzufahrt vom Kanton angeschaut wird und der Abfluss noch verbessert werden kann. Dort mahlen die Mühlen noch etwas langsamer als bei uns auf der Gemeinde. Zudem setzten wir uns für einen Spurausbau der Stadtbahn ein, damit dort allenfalls zusätzliche Kapazitäten eingebaut werden können. Ich bin überzeugt, dass die Stadtbahn noch optimiert werden kann.

Die Fragen scheinen beantwortet zu sein.

Wir haben zwei Anträge, welche identisch mit den Anträgen 1 und 2 unter Punkt 4.2 auf Seite 68 sind. Es sind die gleichen Anträge, die der VCS gestellt hat. Ich weise darauf hin, dass, wenn einer der Anträge angenommen werden würde, dies bedeutet, dass das Geschäft zurück gewiesen und neu überarbeitet werden muss. Das Geschäft könnte somit nicht weitergeführt werden. Der Gemeinderat Baar ist klar der Auffassung, dass das nicht das richtige Vorgehen ist und man das Geschäft zur Abstimmung bringen muss, damit es weiter entwickelt werden kann. Selbstverständlich bringen wir die Anträge zur Abstimmung.

Antrag 1 (VCS)

Der Raum für die Stichstrasse ab dem Kreisel, das heisst der Strassenplan, sei durch den Gemeinderat erst zu beschliessen, wenn die Planungsgrundlagen für die Gebietsplanung Unterfeld Süd rechtlich gesichert sei.

Aus meiner Sicht und aus der Sicht des Gemeinderates ist dieser Antrag so nicht gut-zuheissen, da die Landeigentümer im Unterfeld Nord separat beurteilt werden müssen

und auch aus der grundsätzlichen eigentümerrechtlichen Situation der Antrag nicht gutgeheissen werden kann.

Beschluss

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt

Antrag 2 (VCS)

Sollte der Strassenplan vom Gemeinderat entgegen dem Antrag 1 schon vorher beschlossen werden, sei die Umweltverträglichkeit über beide Gebietsplanungen (Nord und Süd) zu prüfen.

Auch hier ist der Gemeinderat der Auffassung, dass die beiden Gebiete separat angeschaut werden können und müssen. Aus diesem Grund lehnen wir diesen Antrag ab.

Beschluss

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Antrag

Der Teilrevision des Zonenplanes Gebiet Unterfeld Nord sowie der Ergänzung und Anpassung der Bauordnung inkl. Anhang 5 sei in Kenntnis der Einwendungen zuzustimmen.

Beschluss

Der Teilrevision des Zonenplanes Gebiet Unterfeld Nord sowie der Ergänzung und Anpassung der Bauordnung inkl. Anhang 5 wird in Kenntnis der Einwendungen grossmehrheitlich zugestimmt.

Traktandum 6

Teilrevision Bebauungsplan Winzrüti, Allenwinden

Die Vorlage des Gemeinderates vom 2. Mai 2018 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Andreas Hotz

Die Planungskommission verzichtet auf ein Votum. Das Wort wird auch weiter nicht gewünscht.

Antrag

Der Teilrevision des Bebauungsplanes Winzrüti sei zuzustimmen.

Beschluss

Der Teilrevision des Bebauungsplanes Winzrüti wird mit 1 Gegenstimme zugestimmt.

Traktandum 7

Motion der FDP, Die Liberalen Baar und der SVP Baar für mehr Demokratie in der Gemeinde Baar – Entscheid über die Erheblicherklärung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 2. Mai 2018 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Oliver Wandfluh

Ich bin Präsident der SVP Baar, spreche aber auch für die Mitmotionärin FDP Baar. Die FDP und die SVP danken dem Gemeinderat für die Beantwortung unserer Motion. Es freut uns sehr, dass der Gemeinderat der Versammlung vorschlägt, unsere Motion im Sinne der Ausführungen erheblich zu erklären, um so den Wählerwillen in den Kommissionen besser abzubilden.

Was wollen wir mit dieser Motion? Das Hauptziel ist, das Baarer Erfolgsmodell weiterzuführen. Die FDP Baar und SVP Baar wollen kein Parlament. Man sieht den Unterschied zwischen unserem Baarer Modell und dem Parlament in unserer Nachbargemeinde, der Stadt Zug. Obwohl nur knapp 4000 Einwohnerinnen und Einwohner mehr haben die Zuger fünf vollamtliche Stadträte und 40 Gemeinderäte, die einmal pro Monat eine Ganztagesitzung abhalten. Dass ein Parlament sehr viel mehr kostet, versteht sich von selbst. Auch die politischen Findungsprozesse sind in Zug um einiges langsamer. Der Stadtrat kann mehr oder weniger nur umsetzen, was vom Parlament gutgeheissen wird. Es kann je nach Geschäft Jahre dauern, bis man zu einer Entscheidung kommt oder im schlimmsten Fall muss nochmals von vorne begonnen werden. Das Baarer Modell ist im Vergleich viel agiler und preisgünstiger. Wir haben 7 Teilzeitgemeinderäte und verschiedene Kommissionen. Viele Geschäfte müssen nicht vor die Gemeindeversammlung und wenn ein Gemeinderat etwas umsetzen möchte, braucht er an der Gemeinderatssitzung nur noch 3 Kollegen die zustimmen und er kann am nächsten Tag loslegen. Mit dem Baarer Modell geht aber auch eine grosse Verantwortung einher. Unsere Gemeinderäte haben im Vergleich zu einem Parlament eine grosse Macht. Deshalb ist es wichtig, dass der Gemeinderat bei der Bevölkerung und bei den Parteien breit abgestützt ist. Das ist der einzige Vorteil, der das Parlament in Zug mit sich bringt. Der 40-köpfige Gemeinderat wird vom Volk gewählt und spiegelt so eine bessere Wählerverteilung wieder. Aus diesem Grund haben wir in unserer Motion verlangt, dass sich in der Zusammensetzung der Kommissionen der Wählerwille besser abbildet und die Kommissionen mit einem früheren Einbezug bei Geschäften gestärkt werden.

Ein prominentes Beispiel ist das Unterfeld Süd. Eine Mehrheit der Baarer Bevölkerung hat den Bebauungsplan Unterfeld Süd abgelehnt. Dies zieht eine enorme Zeitverzögerung und weitere Kosten nach sich. Der Gemeinderat hat daraus gelernt und in drei Workshops Parteien, Bevölkerung und verschiedene Interessengruppen dazu eingeladen, das neue Projekt zusammen auszuarbeiten, um so eine breitere Abstützung bei der Bevölkerung zu erreichen.

Mit unserer Motion wird der Wählerwille in der Zusammensetzung der Kommissionen besser berücksichtigt und breiter abgestützt. Durch das an den letzten Wahlen neu eingeführte Majorzsystem, notabene Kopfwahlen, wird der Wähleranteil von den ver-

schiedenen Parteien nicht mehr berücksichtigt. Wir haben zurzeit 3 CVP, 2 FDP, 1 ALG, 1 SVP und keinen SP Sitz im Gemeinderat. Obwohl bei den Proporzahlen für den Kantonsrat im Jahr 2014 zum Beispiel die SVP nur 0.3 % hinter der CVP war. Mit einem jetzigen System für die Zusammenstellung der Kommissionen heisst das, dass die CVP mit ihren 3 Gemeinderäten 3 von 7 Kommissionssitze stellt. Und in einigen Kommissionen auch den Vorsitz hat. So hat die CVP zum Beispiel in der Baukommission 50 % der Sitze, obwohl sie im Wähleranteil nicht wesentlich stärker ist als die SVP oder die FDP mit nur einem bzw. 2 Kommissionssitzen.

Ein anderes Beispiel ist die SP. Die SP hatte vor 8 Jahren noch 2 Gemeinderatssitze und somit auch 2 Kommissionssitze. Heute ist die SP nicht mehr im Gemeinderat vertreten und hat somit auch keinen Kommissionssitz mehr, obwohl ihr Wähleranteil in dieser Zeit nicht gross geändert hat. Auch das entspricht nicht dem Wähleranteil und somit auch nicht dem Wählerwillen.

Mit der Motion der SVP und FDP wird der Gemeinderat aufgefordert, eine Vorlage auszuarbeiten, die die künftigen Entscheide und Vorlagen vom Gemeinderat durch die Stärkung der Kommissionen und der Berücksichtigung der politischen Verhältnisse gemäss dem Wähleranteil besser abstützt. Kommissionen liefern dem Gemeinderat wichtige Inputs zu Geschäften und sollen repräsentativer aufgestellt sein, um so bevölkerungsnaher Entscheide zu ermöglichen. Zudem muss die Kommissionsarbeit aufgewertet werden, indem der Gemeinderat Prozesse transparenter macht und Wechselbeziehungen zwischen Gemeinderat und Kommissionen früher einsetzt. In einem Beispiel der Vorlage, wie eine solche Zusammensetzung der Kommissionen in Zukunft aussehen könnte, ergibt sich nach der aktuellen Zusammensetzung aus dem Gemeinderat und Wähleranteil folgendes Bild. CVP 3 Sitze, FDP 2 Sitze, SVP 2 Sitze, ALG 1 Sitz und SP 1 Sitz. Zusätzlich haben wir Motionäre eine Anpassung der Finanzkompetenz zur stärkeren Einbindung der Bevölkerung durch Urnenabstimmung für wichtige Themen vorgeschlagen. Dass der Gemeinderat bezüglich Finanzkompetenz darauf hinweist, dass er gemäss Gemeindeordnung und nach Anhörung und Meinungsfindung der Kommissionen bereits jetzt die Möglichkeit hat, Geschäfte von grösserer Tragweite in einer Urnenabstimmung der Bevölkerung vorzulegen und von dieser Möglichkeit in Zukunft vermehrt Gebrauch machen möchte, unterstützen die Motionäre. Wie der Gemeinderat in der Vorlage richtig sagt, sind hier die Kommissionen gefordert.

Die FDP und die SVP wollen am Baarer Modell festhalten. Wir wollen die vielen Vorteile von diesem Modell beibehalten und einzig ein bisschen an der Schraube drehen und den Wählerwillen besser berücksichtigen. Wir sind der Überzeugung, dass wir so für die Zukunft von Baar noch besser gerüstet sind und so zusammen mit den Parteien und der Bevölkerung zu noch besseren und breiter abgestützten Entscheide kommen. Aus den genannten Gründen bitten wir Sie, wie verdankensweise auch die RGPK, die unser Begehren einstimmig unterstützt, den Antrag gemäss Ausführungen vom Gemeinderat erheblich zu erklären.

Martin Zimmermann

Die GLP Baar begrüsst mehr Demokratie in der Gemeinde und ist sehr froh über die Motion der SVP und FDP Baar, die das bewerkstelligen möchte. Wir haben jedoch zwei kritische Punkte zum Vorschlag des Gemeinderates.

Der Gemeinderat wird mit eingerechnet, was seit den Majorzwahlen nicht mehr opportun ist. Im Kantonsrat werden ja auch nicht die Regierungsräte bei der Zusammenstellung der Kommissionen mit eingerechnet.

Die Berechnung soll anhand der Kantonsratsmitglieder gemacht werden. Durch den Pukelsheim haben wir bereits Verschiebungen bei den Kantonsratsmitgliedern in der Gemeinde Baar. Es wäre viel sinnvoller, wenn man rein auf die Wählerprozente der Kantonsratswahlen geht.

Als dritter Punkt erhöht man, ohne auf die Sitzverteilung einzugehen, die Kommissionen auf 9 Personen, was je nach dem nicht nötig wäre.

Das könnte man anders lösen. Wir stellen deshalb den Antrag, dass man prüft, die Kommissionen neu zu belegen, jedoch die Verteilung zuerst über alle Kommissionen anhand der Wählerprozente auf die entsprechenden Parteien vornimmt und erst anschliessend bei der Unterverteilung den Kommissionen zuweist. Ähnlich wie beim Kantonsrat bei den Kommissionen, damit man anhand des Wähleranteils bei den Kantonsratswahlen über alle Kommissionen entsprechend Mitglieder hat.

Ich habe es gemäss den letzten Wahlen durchgerechnet. Man würde bei 70 Mitgliedern bleiben. Wir haben ungefähr 10 Kommissionen à 7 Mitglieder. Das wären bei der CVP 18 Mitglieder über alle Kommissionen, ebenso bei der SVP, bei der FDP wären es 14, bei der SP 9, bei der ALG 7 und bei der GLP wären es 4. Anschliessend könnte man die entsprechenden Mitglieder anhand von Kompetenzen, ähnlich wie im Kantonsrat, verteilen.

Zari Dzaferi

Als Präsident der SP Baar freut es mich sehr, dass unsere Idee langsam aber kontinuierlich auch von den Bürgerlichen aufgenommen wird. Schliesslich weisen wir seit mehreren Jahren schon darauf hin, dass unsere Legislative gestärkt werden muss.

Ich möchte Ihnen dafür drei Beispiele nennen:

Als erstes Beispiel haben wir am 13. Dezember schon mal über die Stärkung der Kommissionen an einer Gemeindeversammlung debattiert. Der Vorstoss kam damals von der ALG und hat zusammengefasst das folgende gefordert:

„Die Gemeindeordnung sei so zu ändern, dass alle politisch relevanten Ortsparteien von Baar in den beratenden politischen Kommissionen der Gemeinde mitarbeiten können und die Kommissionsarbeit aufgewertet und ihre Unabhängigkeit gestärkt wird.“

Die Redner der SP, ALG und der GLP haben mehrfach darauf hingewiesen, weshalb die Kommissionen gestärkt werden müssen und politisch breiter abgestützt werden sollen. Ich verzichte darauf, die Argumente nochmals im Detail aufzuführen. Sie sind aber im Protokoll der entsprechenden Sitzung aufgeführt.

Im Protokoll ist auch aufgeführt, dass die FDP gegen die breitere Abstützung der Kommissionen war. Der Redner der FDP hat hierzu folgendes gesagt: „Wir sind der Ansicht, dass die Interessen der Baarer Bevölkerung mit der aktuellen Sitzverteilung der Kommissionen ausgewogen vertreten sind.“

Im Protokoll ist auch aufgeführt, dass sich von der SVP niemand dazu geäussert hat. Soweit ich mich aber zurückerinnern kann, hat auch die SVP das Begehren nach breiter abgestützten Kommissionen abgelehnt. Bitte korrigieren Sie mich, falls ich falsch liege.

Zweitens habe ich im Namen der SP im Jahr 2014, also nach dem Wechsel vom Proporz auf das Majorz-Wahlsystem bei Gemeinderatswahlen, mehrfach darauf hingewiesen, dass sich der Wähleranteil der Parteien nicht in der Zusammensetzung des Gemeinderates widerspiegelt. Schliesslich wählen wir bei Gemeinderatswahlen nicht mehr Parteien, sondern Personen.

Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, dass es nicht sein kann, dass die Kommissionssitze weiterhin nach der Anzahl Sitze im Gemeinderat vergeben werden. Ich habe immer das Beispiel von Kimi Räikkönen gebracht. Einer der prominentesten Sportler, den man in Baar kennt. Stellen Sie sich vor, Kimi Räikkönen lässt sich einbürgern und wird Gemeinderat. Er wird herzlich aufgenommen und viele kennen ihn. Kimi Räikkönen kann nach dem aktuellen System Kommissionen belegen, denn die Kommissionen werden nach der Zusammenstellung des Gemeinderates aufgestellt. Schliesslich muss die Legislative auch ein Gegengewicht zur Exekutive sein und wir und die Kommissionen müssen dem Gemeinderat auch auf die Finger schauen. Auch wenn er grösstenteils seine Arbeit sauber und effizient macht. Wir sind mit den Kommissionen das absolute Kontrollorgan und wir sollen uns nicht abwerten.

Mit mehreren Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, welche jetzt da hinter mir sitzen, habe ich auch persönlich das Gespräch gesucht und ihnen aufgezeigt, dass die Zusammensetzung der Kommissionen unbedingt angepasst werden müsste. Leider erfolglos. Der Gemeinderat hat im Bereich Stärkung der Kommissionen bislang wenig bis gar nichts unternommen. Das Gleiche gilt für die bürgerlichen Parteien. Auch hier verzichte ich darauf, weiter ins Detail zu gehen. Das Thema ist im Parteienforum im Zugerbieter allerdings mehrfach breit diskutiert worden.

Drittens hat ein SP-Parteimitglied das Gespräch mit dem Gemeindepräsidenten gesucht und ein Differenzbereinigungsverfahren vorgeschlagen. Wie auch andere Kommissionsmitglieder hat er sich nämlich darüber geärgert, dass der Gemeinderat einen Kommissionsentscheid über den Haufen werfen kann und das den Kommissionen nicht einmal begründen muss. Unser Parteimitglied hat nach dieser Anfrage beim Gemeindepräsidenten rund 20 Monate später eine Antwort bekommen. Eventuell könnte der Gemeindepräsident etwas zum aktuellen Stand sagen. In der Broschüre wurde ausgeführt, dass es ein Bereinigungsverfahren gibt. Vielleicht könnte man das in der Versammlung noch präzisieren.

Sie sehen also, die SP Baar hat sich in den vergangenen sechs Jahren mehrmals dafür eingesetzt, die Legislative gegenüber dem Gemeinderat zu stärken. Die Argumente, welche heute die FDP und die SVP bei dieser Motion einbringen, diskutieren wir schon seit mehreren Jahren. Wir werden jetzt aber nicht jammern, weil der bürgerlich dominierte Gemeinderat offensichtlich Vorstösse von bürgerlichen Parteien eher wohlwollend behandelt. Viel mehr sehen wir uns durch den Vorstoss der FDP und der SVP bestätigt, dass die linken Parteien zu recht schon vor sechs Jahren auf Missstände in der Baarer Politlandschaft hingewiesen haben. Die GLP hat übrigens ebenfalls vor 6 Jahren ein Parlament gefordert. Es ist klar, dass das bachab ging, denn wir sind alle gern hier, geniessen das und sind interessiert. Doch neben uns gebe es noch einige tausend Stimmbürger, die jetzt nicht hier sind. Bedenken Sie aber, dass letztendlich irgendwann nichts an einem Parlament vorbeiführen wird. Insbesondere da die Komplexität der Vorlagen stark zugenommen und die Anzahl Versammelter im Saal abgenommen hat. Und wenn wir etwas einbringen möchten sagt der Gemeinderat, dass das abgeklärt und besprochen wurde und sie hinter dem Entscheid stehen. Wird et-

was daran gerüttelt, muss es zurück in den Gemeinderat und das geht viel länger. Das will niemand von uns.

Es ist sicherlich erfreulich, dass mittlerweile auch die Bürgerlichen unserer Ansicht sind und sich für die Stärkung der Kommissionen einsetzen. Gleichzeitig haben sie aber auch angedeutet, dass sie mit diesem Vorgehen vor allem ein Parlament verhindern möchten. Damit wir unsere Legislative jedoch wirklich stärken, müssen wir auch etwas Grundlegendes in der Legislative verändern.

Um Ihnen aufzuzeigen, warum ich dieser Ansicht bin, möchte ich Ihnen drei Fragen stellen, die Sie persönlich für sich beantworten können:

An wie viele Geschäfte können Sie sich erinnern, die der Gemeinderat nicht durchgebracht hat, so wie er es wollte? Mit anderen Worten, wie oft wurde die Meinung des Gemeinderates nicht angenommen? Ich kann mich erinnern, dass es einmal der Fall war, als es um die Schulraumplanung Wiesental ging, als wir einen Kredit sprechen sollten, jedoch noch nicht wussten wie viele Schüler tatsächlich dort sein werden.

Wie oft ist es vorgekommen, dass Bürgerinnen und Bürger, welche keine politische Funktion haben, ans Rednerpult traten und tatsächlich etwas an einem Geschäft veränderten? Auf etwas hingewiesen, das hat man schnell. Doch an die Hardfacts, dass man raus läuft und wirklich etwas verändert hat, daran kann ich mich nicht erinnern.

Wie oft ist es vorgekommen, dass Sie bei einem Geschäft genau wussten, wo die Knackpunkte in der Kommission zum entsprechenden Geschäft lagen? So etwas bin ich mir im Kantonsrat gewohnt. Dort gibt es einen Kommissionsbericht, einen Minderheits- und einen Mehrheitsbericht. Es wird mehr miteinander diskutiert und man ist näher dran. Ohne unsere Arbeit abzuwerten, viele haben nicht den gleichen Informationsvorsprung wie einige wenige.

Ich habe diese Fragen beim Verfassen dieses Votums mehrmals beantwortet und festgestellt, dass der Gemeinderat mit dem „Baarer Modell“, das als Erfolgsmodell angepriesen wird, ein leichtes Spiel hat. Es ist schon so, dass wir schneller sind. Doch schneller ist nicht immer besser. Baar werde vom Stammtisch aus regiert. Dies haben mir schon mehrere Leute wortwörtlich so gesagt. Soweit möchte ich nicht gehen, ich schätze die Arbeit des Gemeinderates als professionell und zielorientiert ein. Ich bin aber überzeugt, dass der Gemeinderat Baar Optimierungspotenzial hat. Dies bestätigt auch der Vorstoss der SVP und der FDP, welcher einen Teil davon aufgreift, welchen wir bereits seit Jahren fordern. Mit dieser Motion möchten wir einen ersten Schritt in die richtige Richtung machen, auch wenn man diesen Schritt mit ein bisschen mehr Offenheit schon viel früher hätte machen können, wenn nicht sogar müssen.

Deshalb wird die SP Baar die Erheblicherklärung unterstützen. Wir werden bei der nächsten Debatte, wenn konkrete Umsetzungsvorschläge vorliegen, auch weitere Punkte einbringen. Die Diskussion Parlament ja oder nein wird uns in den nächsten Jahren beschäftigen. Wir haben schon eine Werbetrommel von meinem Kantonsratskollegen Oliver Wandfluh gehört und auch ich habe einige Punkte eingebracht. Ich bin sehr gespannt, wie sich das entwickelt.

Olivia Bühlmann

Ich verspreche, dass ich mich kürzer halten werde als mein Vorredner.

Im Namen der CVP Baar möchte ich mich für die Erheblichkeit der Motion aussprechen. Die CVP Baar ist für eine Optimierung und eine breitere Abstützung von unserem Erfolgsmodell „Baarer Modell“. Ein Parlament ist für die CVP weiterhin keine Lösung. Ein Parlament ist teurer, geht länger und ist wahrscheinlich auch nicht demokratischer.

Bei unseren heute über 10 Kommissionen und über 60 Kommissionsmitgliedern sowie mit den 300 Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern hier erreichen wir bestimmt breiter abgestützte Entscheide als bei einem 40-köpfigen Rat wie bei der Stadt Zug.

Die CVP Baar könnte sich dank ihrer grossartigen und feudalen Ausgangslage, sie stellt heute dank den Gemeinderäten 3 Kommissionsmitglieder, auch gegen die Motion aussprechen. Aber der CVP ist es ein Anliegen, dass die Kommissionsarbeit breiter abgestützt wird. Deshalb empfehlen wir Ihnen, die Motion erheblich zu erklären.

Michael Arnold

Es wurde zwar alles gesagt, doch nicht von allen. Deshalb werde ich einige Aussagen von Zari kommentieren. Im Jahr 2013 hatten wir Proporzahlen, deshalb waren wir bestimmt nicht dafür. Damals war der Wählerwille in den Kommissionen abgebildet. Euer Hintergrund ist es, ein Parlament einzuführen und unserer ist das komplette Gegenteil. Wir möchten unser Erfolgssystem so lange wie möglich erhalten und verbessern. Deshalb haben wir dem Gemeinderat diese Aufgabe gegeben. Wie ehrlich wäre eine solche Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Hintergründen gewesen.

Zu deinen Zitaten: Ich habe heute auch ein Zitat von einem Parteimitglied von euch gesehen, welcher anscheinend besser schreiben als budgetieren kann. Hubi Schuler hat geschrieben: „Setzen wir uns alle für eine lebendige Demokratie ein, immer gemäss den Gedanken von J.F. Kennedy: *Frag nicht was dein Land für dich tun kann, sondern sag was du für dein Land tun kannst.*“ Wir machen nichts anderes hier. Jeder einzelne hier möchte etwas dazutun und am Prozess teilnehmen. Behalten wir das bei. Wir haben keine andere, keine bessere, keine direktere Form der Demokratie den die, die wir hier leben. Deshalb lege ich Ihnen schwer ans Herz, die Motion erheblich zu erklären und dem Gemeinderat den Auftrag zu geben, die Feinjustierung vorzunehmen, damit wir das heutige System weiterhin fortführen können.

Rafael Schenkel

Ich spreche im Namen der Alternative - die Grünen Baar. Seit etwas mehr als drei Jahren wohne ich in dieser Gemeinde und fühle mich hier sehr wohl. Was mich beim Lesen der Vorlage sehr nachdenklich gestimmt hat, ist, dass nur ca. 1.5 % der Stimmberechtigten an der Gemeindeversammlung erscheinen. Natürlich ist jede und jeder selber dafür verantwortlich, sein demokratisches Recht wahrzunehmen, aber wenn sich eine Tatsache über Jahre nicht verändert, muss gehandelt werden. Ich bin überzeugt, dass auch die Gemeinde an sich ein eigenes Interesse hat, dass sich ihre Einwohnerinnen und Einwohner aktiv am politischen Geschehen beteiligen und engagieren. Um das zu verändern, braucht es mehr als nur die vorliegende Motion der SVP und FDP.

Die Alternative - die Grünen werden sich auch in Zukunft für eine starke demokratische Einbindung von den Baarerinnen und Baarern einsetzen. Wir werden aber den kleinen Schritt in die richtige Richtung nicht verhindern und stimmen deshalb für die Erheblicherklärung.

Georg Meyer

Ich stehe hier vor Ihnen als Mitglied der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission. Im Pflichtenheft unserer Kommission steht: „Die RGPK vertritt als Kontrollorgan die Interessen der Stimmberechtigten gegenüber der Behörden und der Verwaltung“. Es ist uns wichtig, dass der Wille der Baarer Stimmbürger so gut wie möglich bei der Gemeinde ankommt, damit er umgesetzt werden kann. Daher unterstützt die RGPK die Erheblicherklärung der Motion. Wir begrüßen, dass die politischen Kommissionen gestärkt werden und dass das Verhältnis, mit dem die Wähler die Parteien wählen, durch die Berücksichtigung der Kantonsratswahlen wieder in diesen Prozess einfließen soll.

Wir weisen darauf hin, dass, wenn die Motion erheblich erklärt wird, der Gemeinderat Ihnen bis zur nächsten Gemeindeversammlung vom 13. September 2018 eine Änderung der Gemeindeordnung zur Abstimmung vorlegen muss, um die Motion fristgerecht zu erfüllen.

Die RGPK empfiehlt Ihnen einstimmig, die Motion der FDP, Die Liberalen und der SVP Baar zu „Mehr Demokratie in Baar“ gemäss den Ausführungen in der Vorlage für erheblich zu erklären.

Andreas Hotz

Die Diskussion ist erschöpft. Ich versuche zusammenzufassen. Wenn ich die Votantinnen und Votanten richtig verstanden habe, ist niemand gegen eine Erheblicherklärung dieser Motion. Ich habe einen zusätzlichen Antrag von Martin Zimmermann gehört, dass wir im Zuge der Ausarbeitung der Vorlage berücksichtigen sollen, dass stärker auf den Wähleranteil analog Kantonsrat abgestützt wird. Über diesen Antrag müssen wir nicht abstimmen, da es ein Auftrag für die Bearbeitung der Motion ist, falls sie erheblich erklärt wird. Wir nehmen das im Sinne eines Antrages für die Weiterbearbeitung der Motion auf.

Ich bin als Stammtischpolitiker dem stolzen Kantonsparlamentarier Zari Dzaferi noch eine Präzisierung wegen dem Differenzbereinigungsverfahren schuldig. Das ist in der Tat kein Glanzlicht meiner Arbeit, ich nehme das auf meine Kappe. Wir haben mit einem sehr verdienten Paul Hutter während einer längeren Zeit diskutiert, wie wir den Kommissionen eine Rückmeldung geben können, wenn der Gemeinderat anders entscheidet als der Kommissionantrag vorliegt. Wir mussten diverse Abklärungen machen und es hat sich in die Länge gezogen. Wir machen es zwischenzeitlich so, dass wir bei grundsätzlichen Änderungen durch den Gemeinderat mit der Kommission zusammensitzen und ihnen dies versuchen zu erläutern. Wir geben uns selber den Auftrag, noch besser zu kommunizieren, was im Gemeinderat passiert ist und was für Überlegungen gemacht werden. Dies insbesondere dann, wenn die Kommission andere Vorstellungen als der Gemeinderat hat. Es ist nicht immer einfach, auf der gleichen Ebene zu diskutieren. Das ist übrigens zwischen Kantonsrat und Kommissionen auch nicht anders. Über die Qualität und Diskussionskultur innerhalb Kantonsrat und Gemeinde ha-

be ich mit Zari Dzaferi schon einige Stunden diskutiert und bin bereit, weitere Stunden zu diskutieren. Ich hoffe, diese Präzisierung zum Differenzbereinigungsverfahren genügt dir.

Antrag

Die Motion der FDP.Die Liberalen Baar und der SVP Baar sei im Sinne der Ausführungen erheblich zu erklären.

Beschluss

Die Motion der FDP.Die Liberalen Baar und der SVP Baar wird nach geführter Diskussion im Sinne der Ausführungen mit 2 Gegenstimmen erheblich erklärt.

Andreas Hotz

Ich möchte noch eine Präzisierung an die Adresse der RGPK vornehmen. Wir sind dabei, die Motion in diesem Sinne vorzubereiten, dass sie im September an die Gemeindeversammlung gebracht werden kann. Es ist eine ziemliche Challenge. Insbesondere, da noch zusätzliche Überlegungen einbezogen werden müssen. Wir bringen es im September zur Abstimmung und Diskussion.

Zari Dzaferi

Nur kurz, geschätzter Andi, es ist ja nicht immer so, dass das was man sagt genau so verstanden wird. Ich hatte selbstverständlich nicht gesagt, dass du ein Stammtischpolitiker bist und ich der hohe Kantonsrat bin. Das würde ich mir nie anmassen. Ich habe nur gesagt, was man im Dorf oder in der Stadt hört. Das ist mir wichtig und möchte ich so gesagt haben.

Andreas Hotz

Ich habe das nicht in diesem Sinne negativ empfunden. Ich habe das von meinem Vater gelernt. Er ist nach dem Kantonsrat mit den Regierungsräten jassen gegangen und dort haben sie wirklich Politik gemacht. Nicht vorher im Parlament.

Andreas Hotz

Wir sind am Ende einer abwechslungsreichen, interessanten Gemeindeversammlung angelangt. Es ist mir ein Anliegen, mich für den zahlreichen Aufmarsch zu bedanken. Zusammen mit dem gesamten Gemeinderat und auch der Verwaltung unserer Gemeinde wünsche ich Ihnen – unabhängig davon, ob fussballinteressiert oder nicht – einen guten Sommer, der mit einigen warmen Tagen im Mai und Juni ja bereits ein wenig Einzug gehalten hat. Dies mit weniger Wasser als die letzten beiden Tage. Wir sind jedoch glimpflich davon gekommen, in der Westschweiz sieht es anders aus.

Ich weise Sie noch auf unsere traditionelle und immer wieder gut besuchte 1. August-Feier hin. Ebenfalls weise ich Sie auf die nächste Gemeindeversammlung hin, an welcher die Motion und unsere Anträge betreffend Stärkung der Kommissionen behandelt werden. Die Gemeindeversammlung findet am 13. September 2018 statt.

Abschliessend ist es mir erneut eine Freude, Sie alle zum Apéro einladen zu dürfen. Dies wiederum begleitet von unserem Hausbier der Marke Uster. Kurt Uster durfte übrigens gestern seinen 75. Geburtstag feiern. Paul Langenegger, Jost Arnold und ich haben ihm persönlich im Namen der ganzen Gemeinde gratuliert. Die Brauerei ist doch ein guter Brand in der Gemeinde.

Ich schliesse die Versammlung und danke Ihnen für Ihre Präsenz.

Für das Protokoll



Walter Lipp
Gemeindeschreiber

Baar, 18. Juli 2018 sn